

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

129 (6.6.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 1.10 M., 1/2 Jährl. 3.80 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.80 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7 1/2 u. 2 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Ausgaben: Die bipart. Kolonialzeitung od. deren Raum 20 M., Fluganzeigen billigst. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

friedensoffensive!

Während des Ganges einer Offensive pflegten bisher die alldeutschen Blätter jebermann in Licht und Bann zu erklären, der nur das Wort „Friede“ auszusprechen wagte. Umomehr muß es auffallen, daß gerade jetzt das führende Organ der preussischen Konjunktiven, die „Kreuz-Zeitung“, in einem Leitartikel die Regierung zu einer Friedensoffensive auffordert. Gerade wegen des günstigen Standes der militärischen Dinge hält die „Kreuzzeitung“ den Augenblick für geeignet.

Die „Kreuz-Zeitung“ macht nun allerdings sehr nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die von ihr gemeinte Friedensoffensive ganz verschieden sei von der Form der „übel beleumundeten und kläglich gescheiterten Friedensangebote.“ Wenn sie aber den wesentlichen Unterschied darin erblickt, daß Deutschland seine konkreten Hauptforderungen, namentlich seine Hauptkriegsziele gegen England öffentlich bekanntgeben sollte, so können wir bemerken, daß gerade dies von Anfang an die Forderung aller wirklichen Friedens- und Versöhnungs-freunde gewesen ist. Im dem Dezember-Friedensangebot von 1916 hat die Sozialdemokratie stets getadelt, daß es keine konkreten Friedensbedingungen enthielt, sondern an ihre Stelle die allgemeine Wendung von dem „für alle Teile ehrenvollen Frieden“ setzte. Wenn daher der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ immer wieder „eine sachlich faßbare konkrete Formulierung unserer Hauptforderungen verlangt, so kann sich in diesem Punkte auch der wirkliche Friedensfreund mit der „Kreuz-Zeitung“ vollkommen einverstanden erklären. Der Satz der „Kreuz-Zeitung“:

„Nur eine naive in der Vorstellungswelt überholter politischer Methoden stehengebliebene Auffassung wird behaupten können, daß wir durch die Bekanntgabe unserer Kriegsziele unsere Karten aufgeben.“ hat in ähnlicher Form schon des öfteren in sozialdemokratischen Blättern gefunden.

Die Differenz mit der „Kreuz-Zeitung“ beginnt erst da, wo es sich um den sachlichen Inhalt der von der Regierung bekanntgegebenen Kriegsziele handelt. Zwar drückt sich die „Kreuz-Zeitung“ hier vorsichtig aus, indem sie schreibt:

Die Formulierung dieser Forderungen ist leicht und ihre Berechtigung einleuchtend, wenn sie herausgearbeitet werden aus den notwendigen Grundlagen der uns zustehenden ungeschützten Zukunftsgewinn, und nicht aus den jeweiligen Ergebnissen der Kampfhandlungen oder, was noch schlimmer ist, aus der zaghaften Rücksichtnahme auf die Jongleurkunststücke der feindlichen Propaganda. Unser eigener Vorteil verbietet uns, andere Forderungen zu stellen, als die Sicherung unserer Lebensinteressen und die glatte Beilegung der Kriegsschäden verlangen. Wir können nach dem Kriege nicht allein leben, denn unser Tätigkeitsfeld ist die Welt, und daher wollen wir eine Verhängung, die unseren Forderungen gerecht wird.

Wenn man das liest, klingt es wenigstens zum Teil ganz annehmbar. Aber aus der Praxis weiß man zur Genüge, was gemeint ist, wenn unsere Alldeutschen von den „Grundlagen unserer Existenz“ reden. Dazu gehören nach alldeutscher Auffassung, abgesehen von der gewaltigen Kriegsentfaltung, die Erzlager von Kongow-Brien, die sandriiche Küste, das Siedlungsland in West und Ost und noch ein Dutzend „Grenzsicherungen“ aller Art, von dem Kolonialreich in Afrika usw. ganz zu schweigen. Deshalb läuft die Aufforderung der „Kreuz-Zeitung“ darauf hinaus, den günstigen Moment einer fortschreitenden Offensive zu benutzen, um die deutsche Regierung dauernd auf ihr annexionsistisches Programm festzulegen.

Nichtsdestoweniger nehmen wir den Ruf der „Kreuz-Zeitung“ auf. Auch wir verlangen von der Regierung eine Friedensoffensive. Auch wir verlangen von der Regierung sofortige Bekanntgabe ihrer konkreten Kriegsziele. Aber wir verlangen, daß diese Kriegsziele materiell den zu Anfang des Krieges gegebenen feierlichen Versicherungen entsprechen: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Wir verlangen, daß die von der Regierung zu veröffentlichen Kriegsziele derart sind, daß sie wirklich sofort zum Frieden führen können. Das bedeutet: Während die militärische Offensive im Westen unseren Feinden nun hoffentlich endgültig die Ueberzeugung beibringt, daß alle Hoffnungen auf eine Niederwerfung, auf einen Zusammenbruch oder inneren Zerfall Deutschlands vergeblich sind, soll die diplomatische Offensive sie gleichzeitig überzeugen, daß sie von einem siegreichen Deutschland keinerlei Bedrückung, Vergewaltigung oder Abtrennung nationalen Gebietes zu erwarten haben. Der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ schließt mit dem Satz:

Wer nur das Schwert sprechen lassen will, sieht das Ausmaß dieses Krieges zu klein und hat kein Verständnis für seine politischen Forderungen.

Auch das unterschreiben wir. Die militärische Offensive allein bringt den baldigen Frieden nicht. Sie bringt ihn in Verbindung mit der diplomatischen Friedensoffensive, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese im Sinne des Verständigungsfriedens gehalten ist.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 5. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Vorstöße in Flandern brachten Gefangene ein. In der ganzen Front hielt rege Erkundungstätigkeit an. Der Artilleriekampf lebte vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In Erweiterung unserer Erfolge auf dem Südufer der Aisne warfen wir den Feind auf Ambleny-Cutry zurück und nahmen dann Stellungen nördlich von Dommiets.

Derliche Kampfhandlungen beiderseits des Durca-Flusses. Im Uebrigen ist die Lage unverändert. Leutnant Bödenhardt errang seinen 26. Luftsieg.

Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorf

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 5. Juni. (W.W. Amtlich.) An der Schlachtfront ist die Lage unverändert.

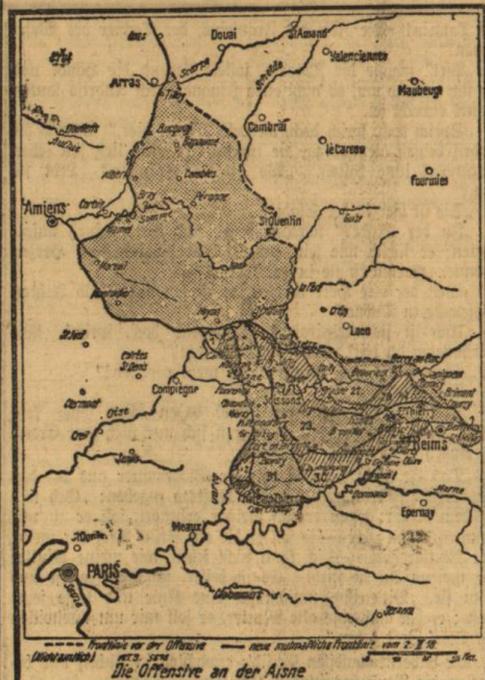
Zur Kriegslage.

Berlin, 5. Juni. (Brünnelung.) Die heutige Sabasnote erklärt einer Genfer Meldung des „B. Z.“ zufolge, daß auch am achten Kampftage die Schlacht mit gleicher Festigkeit andauerte; die französischen Gegenangriffe seien jetzt heftiger und wirksamer und durch das Eingreifen der französischen Reserve sei das Gleichgewicht der Truppen hergestellt. Auf der ganzen Frontlänge behielten jedoch die deutschen Truppen das numerische Uebergewicht und es sei eine neue Offensive in einem anderen Abschnitt zu befürchten.

Wie einer Genfer Meldung des „B. Z.“ zufolge aus Paris gedroht wird, herrscht dort die Auffassung, daß die augenblickliche Verzögerung des deutschen Vormarsches vorübergehend ist und daß die Deutschen den Angriff nach Westen verstärken werden. Auch rechnet man mit einer Offensive im Artois und in Flandern, um die Reserven der Alliierten heranzuziehen.

Der Geländegewinn einer Woche.

W.W. Berlin, 5. Juni. (Nicht amtlich.) In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Weizen-, Obst- und Weingärten, über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest von rund 75 000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne geflohen. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und verpflegen muß.



W.W. Berlin, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Chateau Thierry wurde vom Feinde mit besonderer Heftigkeit beschossen. Infolge des starken Beschusses der Stadt war der Abzug der Zivilbevölkerung unmöglich. Unter der Bevölkerung traten starke Verluste ein.

Die Tanks in der Durchbruchschlacht an der Aisne.

W.W. Berlin, 5. Juni. An der gleichen Stelle zwischen dem Winterberg und Verchouvac, an der in der 8-jährigen Schlacht 1917 französische Tankgeschwader angriffen und zusammengebrochen wurden, setzten am 27. Mai auch die deutschen Sturmwagen zum Angriff an. Die Tanks, die hier in der Morgendämmerung vorrasselten, bestanden in englischen Beutetanks, die jetzt mit deutscher Besatzung zeigen konnten, was die Tankwaffe bei geschicktem Einsatz und tüchtigster Führung zu leisten imstande ist. Die jungen Sturmtruppführer, die so oft an der Somme, vor Arras und bei Cambrai die englischen Tankgeschwader feuerspeend sich heranwälzen sahen, bis Vortrefflicher deutscher Artillerie sie vernichteten, konnten jetzt als Tankkommandanten schreden in die Reihen der englischen Infanterie tragen. Mit ihnen theilteerten Maschinenengewehrtruppen, Artilleristen und Offiziere der Kraftfahrtruppen in der Führung der Panzersturmwagen. In dem Augenblick, wo die Infanterie zum Sturm antrat, hatten die Tanks bereits die englischen Gräben erreicht. Stellenweise führten die Tanks bis auf 1000 Meter vor der Infanterie her. Ein Bataillon kam unter dem Schutze ihm vorausfahrender Tanks eine Strecke von 4 Kilometer bis an den Stugelberg fast ohne einen Mann Verlust vorwärts. Ein Sturmwagen fuhr bis Pontavers und machte mehr als 200 Gefangene, die er, aus ihren Gräben herausholend, der nachrückenden Infanterie in die Arme trieb. Vergeblich versuchten die englischen Batterien und Grabengeschütze den Sturmanschlag der deutschen Panzerwagen aufzuhalten. Von 20 Tanks wurden nur 2 durch Vortrefflicher außer Gefecht gesetzt, aber der überlebende Rest der Besatzung griff zu Karabinern und Handgranaten und kämpfte als Stoßtrupp mit der Infanterie weiter. Die Tanks, die die Engländer auf ihrem Rückzug gegen Amiens zu Dutzenden und Hunderten zurückließen, leisteten uns gute Dienste.

Neue Verfertigungen.

Berlin, 4. Juni. (W.W. Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 12 000 Bruttoregistertonnen verfenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, einer davon englischer Nationalität.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

London, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Reuter. Die Admiralsstabschef meldet: Am 31. Mai sank nach Zusammenstoß ein britischer U-Boot. Keine Verluste.

Saga, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Das niederländische Korrespondenzbüro teilt mit: Das Fischerfahrzeug „Amicentrie“ aus Vlaardingen ist heute in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen. Von der Besatzung ist ein Mann getötet und zwei Mann verwundet worden.

Köln, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Die „Köln. Volksztg.“ erfährt von durchaus zuverlässiger Quelle, daß vor kurzer Zeit zwei große im Hafen von Dünkirchen liegende Dampfer der Societe maritime du Nord durch Explosion im Maschinenraum völlig vernichtet worden sind. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Art mehr oder weniger beschädigt. Die durch den Präferenz im Dünkirchen eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelt, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden.

Griechenland als Feind.

Sofia, 4. Juni. Das „Echo de Bulgarie“ bespricht die griechischen Angriffe auf das Rumplataeu und schreibt: Der müßige, wir möchten sagen skandalöse Streit um die Frage, ob Griechenland im Kriege ist, muß aufhören. An den Bardar-Ufern fallen Bulgaren und Deutsche Seite an Seite unter griechischen Augen, griechische Divisionen, die von der Entente ausgerüstet sind, greifen die von Bulgaren und Deutschen gemeinsam gehalten und verteidigten Stellungen an. Wenn das kein Feind ist, so muß man eine neue Definition und neue Formeln für den Krieg suchen. Die mazedonischen Kämpfe sind eine Ergänzung der Kämpfe an der Westfront. Sie bekräftigen mit Blut die Einheit der Front, die gemeinsamen Ziele und Interessen von Freunden und Feinden.

Die Lage in Tripolis.

Konstantinopel, 4. Juni. (Aus dem amtlichen Heeresbericht.) Mit Eintritt Italiens in den Weltkrieg begannen unsere in die Provinz Tripolis entsandten tapferen Truppen in aufopferungsvollen Kämpfen, auf eine schwierige Verbindung mit der Heimat angewiesen, die Italiener schrittweise an die Küste zu drängen. Heute klammern sich die Italiener nur noch an einige von uns eng umschlossene Stützpunkte, wo sie unter dem Feuer unserer Batterien und dem deutscher Unterseeboote stehen. Jeder italienische Versuch, die Lage zu verbessern, wurde bisher glücklos von uns unterbunden. Bei ihrem ersten Ausfall aus Suara am 12. April wurden die Italiener von uns in der Flanke gefaßt. Viele Gefangene, zahlreiche Waffen und Pferde und viel Kriegsmaterial blieben in unserer Hand. Auch mehrfache kleine andere Zusammenstöße verliefen zu unseren Gunsten.

Seite 6.
No. 129.
Karlsruhe, Donnerstag den 6. Juni 1918.
38. Jahrg.
Volkshfreund
Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.
Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 1.10 M., 1/2 Jährl. 3.80 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.80 M., vorauszahlbar.
Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7 1/2 u. 2 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.
Ausgaben: Die bipart. Kolonialzeitung od. deren Raum 20 M., Fluganzeigen billigst. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.
friedensoffensive!
Während des Ganges einer Offensive pflegten bisher die alldeutschen Blätter jebermann in Licht und Bann zu erklären, der nur das Wort „Friede“ auszusprechen wagte. Umomehr muß es auffallen, daß gerade jetzt das führende Organ der preussischen Konjunktiven, die „Kreuz-Zeitung“, in einem Leitartikel die Regierung zu einer Friedensoffensive auffordert. Gerade wegen des günstigen Standes der militärischen Dinge hält die „Kreuzzeitung“ den Augenblick für geeignet.
Die „Kreuz-Zeitung“ macht nun allerdings sehr nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die von ihr gemeinte Friedensoffensive ganz verschieden sei von der Form der „übel beleumundeten und kläglich gescheiterten Friedensangebote.“ Wenn sie aber den wesentlichen Unterschied darin erblickt, daß Deutschland seine konkreten Hauptforderungen, namentlich seine Hauptkriegsziele gegen England öffentlich bekanntgeben sollte, so können wir bemerken, daß gerade dies von Anfang an die Forderung aller wirklichen Friedens- und Versöhnungs-freunde gewesen ist. Im dem Dezember-Friedensangebot von 1916 hat die Sozialdemokratie stets getadelt, daß es keine konkreten Friedensbedingungen enthielt, sondern an ihre Stelle die allgemeine Wendung von dem „für alle Teile ehrenvollen Frieden“ setzte. Wenn daher der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ immer wieder „eine sachlich faßbare konkrete Formulierung unserer Hauptforderungen verlangt, so kann sich in diesem Punkte auch der wirkliche Friedensfreund mit der „Kreuz-Zeitung“ vollkommen einverstanden erklären. Der Satz der „Kreuz-Zeitung“:
„Nur eine naive in der Vorstellungswelt überholter politischer Methoden stehengebliebene Auffassung wird behaupten können, daß wir durch die Bekanntgabe unserer Kriegsziele unsere Karten aufgeben.“ hat in ähnlicher Form schon des öfteren in sozialdemokratischen Blättern gefunden.
Die Differenz mit der „Kreuz-Zeitung“ beginnt erst da, wo es sich um den sachlichen Inhalt der von der Regierung bekanntgegebenen Kriegsziele handelt. Zwar drückt sich die „Kreuz-Zeitung“ hier vorsichtig aus, indem sie schreibt:
Die Formulierung dieser Forderungen ist leicht und ihre Berechtigung einleuchtend, wenn sie herausgearbeitet werden aus den notwendigen Grundlagen der uns zustehenden ungeschützten Zukunftsgewinn, und nicht aus den jeweiligen Ergebnissen der Kampfhandlungen oder, was noch schlimmer ist, aus der zaghaften Rücksichtnahme auf die Jongleurkunststücke der feindlichen Propaganda. Unser eigener Vorteil verbietet uns, andere Forderungen zu stellen, als die Sicherung unserer Lebensinteressen und die glatte Beilegung der Kriegsschäden verlangen. Wir können nach dem Kriege nicht allein leben, denn unser Tätigkeitsfeld ist die Welt, und daher wollen wir eine Verhängung, die unseren Forderungen gerecht wird.
Wenn man das liest, klingt es wenigstens zum Teil ganz annehmbar. Aber aus der Praxis weiß man zur Genüge, was gemeint ist, wenn unsere Alldeutschen von den „Grundlagen unserer Existenz“ reden. Dazu gehören nach alldeutscher Auffassung, abgesehen von der gewaltigen Kriegsentfaltung, die Erzlager von Kongow-Brien, die sandriiche Küste, das Siedlungsland in West und Ost und noch ein Dutzend „Grenzsicherungen“ aller Art, von dem Kolonialreich in Afrika usw. ganz zu schweigen. Deshalb läuft die Aufforderung der „Kreuz-Zeitung“ darauf hinaus, den günstigen Moment einer fortschreitenden Offensive zu benutzen, um die deutsche Regierung dauernd auf ihr annexionsistisches Programm festzulegen.
Nichtsdestoweniger nehmen wir den Ruf der „Kreuz-Zeitung“ auf. Auch wir verlangen von der Regierung eine Friedensoffensive. Auch wir verlangen von der Regierung sofortige Bekanntgabe ihrer konkreten Kriegsziele. Aber wir verlangen, daß diese Kriegsziele materiell den zu Anfang des Krieges gegebenen feierlichen Versicherungen entsprechen: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Wir verlangen, daß die von der Regierung zu veröffentlichen Kriegsziele derart sind, daß sie wirklich sofort zum Frieden führen können. Das bedeutet: Während die militärische Offensive im Westen unseren Feinden nun hoffentlich endgültig die Ueberzeugung beibringt, daß alle Hoffnungen auf eine Niederwerfung, auf einen Zusammenbruch oder inneren Zerfall Deutschlands vergeblich sind, soll die diplomatische Offensive sie gleichzeitig überzeugen, daß sie von einem siegreichen Deutschland keinerlei Bedrückung, Vergewaltigung oder Abtrennung nationalen Gebietes zu erwarten haben. Der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ schließt mit dem Satz:
Wer nur das Schwert sprechen lassen will, sieht das Ausmaß dieses Krieges zu klein und hat kein Verständnis für seine politischen Forderungen.
Auch das unterschreiben wir. Die militärische Offensive allein bringt den baldigen Frieden nicht. Sie bringt ihn in Verbindung mit der diplomatischen Friedensoffensive, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese im Sinne des Verständigungsfriedens gehalten ist.
Deutscher Tagesbericht.
W.W. Großes Hauptquartier, 5. Juni. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Vorstöße in Flandern brachten Gefangene ein. In der ganzen Front hielt rege Erkundungstätigkeit an. Der Artilleriekampf lebte vorübergehend auf.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In Erweiterung unserer Erfolge auf dem Südufer der Aisne warfen wir den Feind auf Ambleny-Cutry zurück und nahmen dann Stellungen nördlich von Dommiets.
Derliche Kampfhandlungen beiderseits des Durca-Flusses. Im Uebrigen ist die Lage unverändert. Leutnant Bödenhardt errang seinen 26. Luftsieg.
Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorf
Deutscher Abendbericht.
Berlin, 5. Juni. (W.W. Amtlich.) An der Schlachtfront ist die Lage unverändert.
Zur Kriegslage.
Berlin, 5. Juni. (Brünnelung.) Die heutige Sabasnote erklärt einer Genfer Meldung des „B. Z.“ zufolge, daß auch am achten Kampftage die Schlacht mit gleicher Festigkeit andauerte; die französischen Gegenangriffe seien jetzt heftiger und wirksamer und durch das Eingreifen der französischen Reserve sei das Gleichgewicht der Truppen hergestellt. Auf der ganzen Frontlänge behielten jedoch die deutschen Truppen das numerische Uebergewicht und es sei eine neue Offensive in einem anderen Abschnitt zu befürchten.
Wie einer Genfer Meldung des „B. Z.“ zufolge aus Paris gedroht wird, herrscht dort die Auffassung, daß die augenblickliche Verzögerung des deutschen Vormarsches vorübergehend ist und daß die Deutschen den Angriff nach Westen verstärken werden. Auch rechnet man mit einer Offensive im Artois und in Flandern, um die Reserven der Alliierten heranzuziehen.
Der Geländegewinn einer Woche.
W.W. Berlin, 5. Juni. (Nicht amtlich.) In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Weizen-, Obst- und Weingärten, über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest von rund 75 000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne geflohen. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und verpflegen muß.
Die Tanks in der Durchbruchschlacht an der Aisne.
W.W. Berlin, 5. Juni. An der gleichen Stelle zwischen dem Winterberg und Verchouvac, an der in der 8-jährigen Schlacht 1917 französische Tankgeschwader angriffen und zusammengebrochen wurden, setzten am 27. Mai auch die deutschen Sturmwagen zum Angriff an. Die Tanks, die hier in der Morgendämmerung vorrasselten, bestanden in englischen Beutetanks, die jetzt mit deutscher Besatzung zeigen konnten, was die Tankwaffe bei geschicktem Einsatz und tüchtigster Führung zu leisten imstande ist. Die jungen Sturmtruppführer, die so oft an der Somme, vor Arras und bei Cambrai die englischen Tankgeschwader feuerspeend sich heranwälzen sahen, bis Vortrefflicher deutscher Artillerie sie vernichteten, konnten jetzt als Tankkommandanten schreden in die Reihen der englischen Infanterie tragen. Mit ihnen theilteerten Maschinenengewehrtruppen, Artilleristen und Offiziere der Kraftfahrtruppen in der Führung der Panzersturmwagen. In dem Augenblick, wo die Infanterie zum Sturm antrat, hatten die Tanks bereits die englischen Gräben erreicht. Stellenweise führten die Tanks bis auf 1000 Meter vor der Infanterie her. Ein Bataillon kam unter dem Schutze ihm vorausfahrender Tanks eine Strecke von 4 Kilometer bis an den Stugelberg fast ohne einen Mann Verlust vorwärts. Ein Sturmwagen fuhr bis Pontavers und machte mehr als 200 Gefangene, die er, aus ihren Gräben herausholend, der nachrückenden Infanterie in die Arme trieb. Vergeblich versuchten die englischen Batterien und Grabengeschütze den Sturmanschlag der deutschen Panzerwagen aufzuhalten. Von 20 Tanks wurden nur 2 durch Vortrefflicher außer Gefecht gesetzt, aber der überlebende Rest der Besatzung griff zu Karabinern und Handgranaten und kämpfte als Stoßtrupp mit der Infanterie weiter. Die Tanks, die die Engländer auf ihrem Rückzug gegen Amiens zu Dutzenden und Hunderten zurückließen, leisteten uns gute Dienste.
Neue Verfertigungen.
Berlin, 4. Juni. (W.W. Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 12 000 Bruttoregistertonnen verfenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, einer davon englischer Nationalität.
Der Chef des Admiralsstabs der Marine.
London, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Reuter. Die Admiralsstabschef meldet: Am 31. Mai sank nach Zusammenstoß ein britischer U-Boot. Keine Verluste.
Saga, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Das niederländische Korrespondenzbüro teilt mit: Das Fischerfahrzeug „Amicentrie“ aus Vlaardingen ist heute in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen. Von der Besatzung ist ein Mann getötet und zwei Mann verwundet worden.
Köln, 5. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Die „Köln. Volksztg.“ erfährt von durchaus zuverlässiger Quelle, daß vor kurzer Zeit zwei große im Hafen von Dünkirchen liegende Dampfer der Societe maritime du Nord durch Explosion im Maschinenraum völlig vernichtet worden sind. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Art mehr oder weniger beschädigt. Die durch den Präferenz im Dünkirchen eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelt, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden.
Griechenland als Feind.
Sofia, 4. Juni. Das „Echo de Bulgarie“ bespricht die griechischen Angriffe auf das Rumplataeu und schreibt: Der müßige, wir möchten sagen skandalöse Streit um die Frage, ob Griechenland im Kriege ist, muß aufhören. An den Bardar-Ufern fallen Bulgaren und Deutsche Seite an Seite unter griechischen Augen, griechische Divisionen, die von der Entente ausgerüstet sind, greifen die von Bulgaren und Deutschen gemeinsam gehalten und verteidigten Stellungen an. Wenn das kein Feind ist, so muß man eine neue Definition und neue Formeln für den Krieg suchen. Die mazedonischen Kämpfe sind eine Ergänzung der Kämpfe an der Westfront. Sie bekräftigen mit Blut die Einheit der Front, die gemeinsamen Ziele und Interessen von Freunden und Feinden.
Die Lage in Tripolis.
Konstantinopel, 4. Juni. (Aus dem amtlichen Heeresbericht.) Mit Eintritt Italiens in den Weltkrieg begannen unsere in die Provinz Tripolis entsandten tapferen Truppen in aufopferungsvollen Kämpfen, auf eine schwierige Verbindung mit der Heimat angewiesen, die Italiener schrittweise an die Küste zu drängen. Heute klammern sich die Italiener nur noch an einige von uns eng umschlossene Stützpunkte, wo sie unter dem Feuer unserer Batterien und dem deutscher Unterseeboote stehen. Jeder italienische Versuch, die Lage zu verbessern, wurde bisher glücklos von uns unterbunden. Bei ihrem ersten Ausfall aus Suara am 12. April wurden die Italiener von uns in der Flanke gefaßt. Viele Gefangene, zahlreiche Waffen und Pferde und viel Kriegsmaterial blieben in unserer Hand. Auch mehrfache kleine andere Zusammenstöße verliefen zu unseren Gunsten.

Gefangenabkommen mit England.

W.B. Berlin, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Am 6. Juli werden voraussichtlich die bereits seit einiger Zeit angekündigten Verhandlungen über die Gefangenfragen zwischen deutschen und englischen Delegierten unter Leitung der niederländischen Regierung im Haag beginnen. Auf Seiten beider Regierungen besteht offensichtlich das Bestreben, auf möglichst freier Grundlage die schwebende Frage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen und es ist, wenn die Verhandlungen in diesem Geiste geführt werden, zu hoffen, daß es eine beträchtliche Zahl Kriegsgefangener und interner Zivilpersonen die Freiheit wiedergeben und das Los der Gefangenen erleichtert wird.

Clemenceau über die militärische Lage.

Paris, 4. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Gabas, Deputierterkammer. Vor vollbesetztem Hause erklärte Clemenceau, die Interpellationen über die militärische Lage nicht beantworten zu können. Er habe sich vor der Geereskommission ausgesprochen, könne aber gegenwärtig öffentlich nicht mehr sagen. Außerdem widerlegte er sich dem, daß die Kammer sich als Geheimkomitee konstituiere. Im Namen der Sozialisten hat Cachin Clemenceau, Erklärungen abzugeben und verwahrte sich dagegen, daß ihm Feindseligkeit vorgeworfen werde. Es handle sich lediglich um das Wohl des Vaterlandes. Clemenceau wiederholte, daß es ihm unmöglich sei, nach Verlauf von sechs Tagen der Schlacht Erklärungen über die militärische Lage abzugeben. Eine Untersuchung über die Verantwortlichkeit sei im Gange. Er werde aber nicht die Feigheit begehen, Maßnahmen gegen die Führer zu ergreifen, die sich um das Vaterland verdient gemacht hätten.

Clemenceau sagte in seiner Rede weiter: Der Abfall Rußlands erlaube den Deutschen, 200 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist furchtbar, aber der Geldennut der Soldaten ist der Lage gewachsen. Unsere Soldaten kämpfen einer gegen fünf. Clemenceau belobte die militärischen Führer, besonders Foch, der das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles hat beschlossen, ihm öffentlich eine Anerkennung auszusprechen. Die Deutschen stürzen sich in ein Abenteuer. Wir weichen zurück allerdings, werden aber niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik versucht uns zu erschrecken, es wird ihnen nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen, diejenigen der Deutschen übrigens auch. Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Meinungen auf der Höhe sind. Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so jagen Sie mich davon. Wenn Sie mir Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.

Am Schluß der Kammer Sitzung bestanden mehrere Abgeordnete auf Festsetzung eines nahen Termins zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Clemenceau verweigerte jede Festsetzung der Debatte und stellte die Vertrauensfrage. Man schritt zur Abstimmung und die Vertagung auf unbestimmte Zeit, welche die Regierung forderte, wurde mit 377 Stimmen dafür und 110 Stimmen dagegen angenommen.

Der oberste Kriegsrat vertraut auf den Endsieg.

London, 5. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Amtlich. Lloyd Georges, Balfour, Milner, Sir William Weir und Sir Henry Wilson sind von den Sitzungen des Obersten Kriegsrats in Frankreich nach London zurückgekehrt. Der Oberste Kriegsrat hat unter Umständen, die für den Bund der freien Völker sehr ernst sind, seine sechste Sitzungsperiode abgehalten. Die deutsche Regierung, von allem Druck an der Ostfront durch den Zusammenbruch der russischen Armee und des russischen Volkes befreit, hat alle ihre Anstrengungen im Westen konzentriert und sucht jetzt durch eine Reihe verzweifelter und kostspieliger Angriffe auf die verbündeten Armeen eine Entscheidung in Europa zu erreichen, ehe die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft wirksam machen können. Der Vorteil, den die feindliche Heeresleitung in ihrer strategischen Lage besitzt, und ihre überlegenen Eisenbahnverbindungen haben sie in den Stand gesetzt, einige Anfangserfolge zu erringen. Sie wird zweifellos die Angriffe erneuern, und die verbündeten Nationen haben vielleicht noch kritische Tage zu bestehen. Unter Berücksichtigung der gesamten Lage hat der Oberste Kriegsrat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verbündeten, die die Prüfungen des gegenwärtigen Feldzugs mit denkbarster Tapferkeit ertragen, die sie stets in Verteidigung und Angriff bewiesen haben, die Absicht des Feindes zu vereiteln und ihn leinerzeit besiegen werden. Alles, was nur möglich ist, geschieht, um die Feldarmee zu unterstützen. Die Vorbereitungen für die Einheit des Oberbefehls haben die Stellung der verbündeten Armeen wesentlich gebessert. Die Arbeit vollzieht sich reibungslos und mit Erfolg. Der Oberste Kriegsrat setzt volles Vertrauen in General Foch. Er blickt mit Hochachtung und Bewunderung auf die Tapferkeit der verbündeten Truppen. Der Oberste Kriegsrat vertraut auf den Endsieg. Die verbündeten Nationen sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu opfern. Ihre Armeen legen denselben hartnäckigen Mut an den Tag, der sie in vielen früheren Fällen in den Stand gesetzt hat, den deutschen Angriff miederzuschlagen. Sie müssen nur mit Geduld und Vertrauen bis zum Ende ausharren, um den Sieg und die Freiheit zu sichern. Die freien Völker und ihre glänzenden Soldaten werden die Zivilisation retten.

Die Lage im neuen Rußland.

Warschau, 4. Juni. In polnischen Blättern schildert im Anschluß an die Mitteilungen der polnischen Delegierten des Vorkomitees für die Kriegsgefangenen Frau Dziubinska, die mit Lednicki nach Warschau kam, die grausame Art, mit der die Russen die Polen behandelten. Die polnischen Gefangenen wurden an der Murmanbahn beschäftigt und waren bei großer Kälte mangelhaft untergebracht, jedoch von einzelnen Arbeitertrupps von 200 bis 300 Mann täglich drei bis sieben vor Hunger und Frost starben. Beamte, Offiziere und Soldaten, selbst die russischen Ärzte, ließen ihre Willkür an den polnischen Gefangenen aus. Ein Mitglied des Komitees, das die Gefangenensituation kontrollierte, erklärte: Schon der bloße Anblick der Gefangenen erfüllt mit Entsetzen. Ausgezehrt infolge der unzureichenden Ernährung, erfroren, bedeckt mit Ungeziefer und Wunden, sind diese Elenden nicht mehr menschenähnlich. Die „Somonice Jtra“, das Organ des nationalen Arbeitsbundes, schreibt dazu: Solche Dinge häufen sich in den Berichten von Frau Dziubinska. Der Besuch bei den Gefangenen fand zu der Zeit statt, als man sich in der russischen Presse für die slavischen Völker begeisterte, ihnen den Schutz der mächtigen Schwertee und die Hilfe gegen den gemeinsamen Feind versprach. Hinzuzufügen ist, daß sich in den Gefangenlagern nicht nur Polen, sondern auch Tschechen, Ruthenen usw. befanden, die nicht besser behandelt wurden. Die russische Nation wußte von diesen Zuständen und den Klagen unserer Delegierten, aber diese blieben ungehört. Man behandelte sie als aufspringende, taktlose Ansprüche. Moskau, 2. Juni. (Pet. Tel.-Ag.) In Verbindung mit der Erklärung des Kriegszustandes in Moskau und der Einberufung von 12 mobilisierten Jahresklassen unter die Fahnen hat Lenin einen Aufruf an die reaktionäre Bevölkerung gerichtet, worin er den Ernst der politischen Lage auseinandersetzt und auf die unmittelbaren Gefahren hinweist, die der Revolution von seiten reaktionärer Elemente droht.

Ausland.

Kiew, 2. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Die Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen Sibirischen Republik in Chabar in ihre Tätigkeit begonnen hat. In der letzten Sitzung des Kabinetes wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjet-Regierung im fernem Osten beraten. Admiral Koltshak wies darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da sie auf Anregung Amerikas gebildet worden sei.

Strugow, als Minister des Innern, erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Amerika um Unterstützung zu bitten.

Washington, 4. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, der im Jahre 1908 abgeschlossen worden ist, ist auf weitere fünf Jahre erneuert worden.

Deutsches Reich.

Das gleiche Wahlrecht ist angenommen.

Das Ei des Kolumbus! Der Herr Geheime Oberregierungsrat Hermes hat es im „roten Tag“ auf die Spitze gestellt. Das berühmte „Bafum“, das noch in der Wahlrechtsvorlage, existiert gar nicht. Wohl hat das Dreiklassenparlament das gleiche Wahlrecht abgelehnt, aber da es keinerlei Bestimmungen über die Abstufung des Wahlrechts angenommen hat, muß dieses gleichwohl als angenommen gelten. Denn auch im Reichstagswahlgesetz steht nirgends, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Nur weil nicht darin steht, daß der eine eine ganze und der andere eine viertel Stimme haben soll, ist die Rechtsgleichheit selbstverständlich. Und so wird nach Logik und Vorbild auch im Preußen nach dem gleichen Wahlrecht gewählt werden, wenn die Vorlage so Gesetz wird, wie das Abgeordnetenhaus sie beschlossen hat.

Sachlich ist es in der Tat gar nicht zweifelhaft, daß der Herr Geheimrat recht hat. Aus lauter Unfähigkeit hat das Abgeordnetenhaus das Gegenteil von dem beschlossen, was es beschließen wollte. Darüber war man sich auf der Ministerbank und bei einigen Juristen des Hauses sofort nach der Abstimmung klar. Aber natürlich ist das Ganze nur ein Scherz, denn der Wahlrechtsentwurf hat noch viele Stadien zu durchlaufen, ehe er die endgültige Fassung erhält und ein zwischen durch vorgekommener Redaktionsfehler ändert nichts daran, daß die Mehrheit des Dreiklassenhauses das gleiche Wahlrecht nicht will. Nicht durch einen Gesetzgebungsstreit, sondern nur durch rücksichtslosen Kampf wird das deutsche Volk zu seinem Recht kommen.

Staat und Macht.

Im Volksbund für Freiheit und Vaterland sprach am Sonntag mittag der bekannte Gegner der Vaterlandspartei, der Leipziger Kulturhistoriker Prof. Dr. Walter Goeß über Staat und Macht. Unter Berufung auf Aristoteles und Bismarck bezeichneten die Altpreussen und ihre Gefinnungsverwandten Macht als das Wesen des Staates und die Verleugnung des Machtgedankens für ihn als wahre Sünde wider den heiligen Geist. Aber alle bloße Gewalt hat sich rasch als brüchig erwiesen. Man denke an Irland oder Polen, an die russische und französische Revolution, an Kulturkampf und Sozialistengefetz. Gewiß ist der Staat ohne Macht nichts, aber der Staat ist nicht die Machtgewinnung und Machterhaltung, sondern Verwirklichung des Rechts und Wohlfahrt aller Staatsbürger. So ist es für uns auch in der deutschen Reichsverfassung vorgezeichnet. Die Macht darf deshalb nur Mittel zu höherem Zweck sein und kann nur in dieser Anwendung Dauern, Wertvolles schaffen. Der moderne Staat ist Rechts- und Kulturstaat. Diesem Staatszweck muß sich die Machtausübung anpassen. Deshalb darf die Machtausübung nicht unbegrenzt und nicht brutal sein. Auch die Realpolitik kann nicht über die sittlichen Schranken hinaus. Gegenüber allen Anneziationswünschen müsse das Bewußtsein stehen, daß der nationale Wille nicht mehr mit Gewalt zu unterdrücken ist, weder bei den Letzten und Ersten, noch bei den Mächtigsten und Schwachen, noch auch bei Polen und Ukrainern. Nur durch die Freiheit kann der Staatsgedanke und Vaterlandsbegriff fruchtbar werden.

Die Ausführungen des Professors Goeß fanden lebhaften Beifall.

Die vierte Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlage. Der Keltienauschuss des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß, daß die vierte Lesung des preussischen Verfassungsgesetzes am Dienstag, den 11. Juni stattfinden soll. Sollte die vierte Lesung Änderungen gegen die dritte Lesung ergeben, so ist für die etwa notwendige fünfte Lesung der 3. Juli in Aussicht genommen.

Taras Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

Mit einem Male war es ihm, als näherte sich ihm ein sonderbares menschliches Gesicht. Er glaubte natürlich, es sei ein Traum, der sich gleich wieder verflüchtigen werde, öffnete die Augen weit und sah, daß sich wirklich ein welches und verhärmt Gesicht über ihn gebeugt hatte und ihm in die Augen starrte. Lange, fohlschwarze, ungekammte Haarsträhnen frochen wild aus dem dunklen, leicht übergeordneten Kopftuch hervor. Das sonderbare Leuchten des Auges und die totenhafte Blässe des mageren Antlitzes mit den scharf hervortretenden Zügen verriethen seine Meinung, ein Gespenst vor sich zu haben. Unwillkürlich griff er nach der Flinte und stieß fast frampfhaft hervor:

„Wer bist du? Bist du ein Teufel, so hebe dich weg, weit fort aus meinen Augen, bist du aber ein Mensch, so überzeigst du zur Unzeit, ich nehme mein Gewehr und schreie dich nieder!“ Statt jeder Antwort legte die Erscheinung den Finger an den Mund und schen hierdurch um Schweigen zu flehen. Er ließ den Arm sinken und begann, sie aufmerksam zu betrachten. An den langen Haaren, dem Hals, der braunen halberblühten Brust erkannte er eine Frau. Sie schien eine Ausländerin zu sein: ihr Gesicht hatte eine gelblich-braune Farbe und war durch Krankheit völlig abgemagert; die breiten Knochen traten stark unter den eingefallenen Wangen hervor; der schmale Schlit der Augenlider stieg hohlenförmig nach oben empor. Je länger er sie betrachtete, um so bekannter schienen ihm ihre Züge. Endlich hielt er es nicht mehr aus und fragte:

„Sprich, wer bist du? Ich glaube, dich schon einmal gekannt oder gesehen zu haben?“

„Vor zwei Jahren in Kiew...“

„Vor zwei Jahren in Kiew“, wiederholte Andrij und suchte sich an alles zu erinnern, was sein Gedächtnis ihm aus seiner Seminarszeit noch aufbehalten hatte. Noch einmal sogte er sie an und plötzlich schrie er laut auf: „Du — du bist

die Tatarin! Die Jofe des Fräuleins, der Tochter des Wojewoden!“

„Wilt“ machte die Tatarin, faltete stehend die Hände und sah sich gitternd um, ob nicht etwa jemand durch Andrijs lauten Schrei erschrocken sei.

„Sprich doch, sprich doch, weshalb bist du hier.“ flüsterte ihr Andrij beinahe atemlos zu, die innere Erregung ließ ihn jeden Augenblick inne halten. „Wo ist das Fräulein? Lebt sie noch?“

„Sie ist hier in der Stadt!“

„In der Stadt?“ wiederholte er und hätte beinahe aufgeschrien; er fühlte wie sein ganzes Blut plötzlich zum Herzen strömte, „warum ist sie in der Stadt?“

„Weil der alte Herr dort ist, er ist seit anderthalb Jahren Wojewode in Dubno.“

„Und ist sie verheiratet? So sprich doch, sprich! Wie merkwürdig du bist! Was macht sie jetzt?“

„Was?“

„Die Einwohner unserer Stadt haben schon lange kein Stück Brot mehr gesehen, sie nähren sich nur noch von Erde.“ Andrij erstarrte vor Entsetzen.

„Das Fräulein hat dich von der Stadtmauer aus bei den Saporozgen gesehen und mir den Auftrag gegeben: „Geh und sag dem Ritter: wenn er sich meiner erinnert, soll er zu mir kommen, wenn nicht — so soll er dir ein Stück Brot für meine alte Mutter geben — ich kann nicht leben, wie meine Mutter vor meinen Augen stirbt. Es ist besser, ich sterbe zuerst und dann sie. Warte ihn, umschlinge seine Knie und küsse seine Füße; er hat auch eine alte Mutter, er soll mir um ihretwillen ein Stück Brot geben.“

Die widerstrebenden Gefühle erwachten in Andrij und bewegten die Brust des jungen Kosaken.

„Wie ist es dir gelungen, hierher zu kommen?“

„Ich habe einen unterirdischen Gang benutzt.“

„Gibt es denn einen unterirdischen Gang hierher?“

„Ja.“

„Wo ist er?“

„Wirst du uns auch nicht verraten, Ritter?“

„Ich schwöre dir beim heiligen Kreuz.“

„Man geht erst am Ufer entlang und überschreitet das Flüsschen an der Stelle, wo das viele Schiff wächst.“

„Und er führt direkt in die Stadt hinein?“

„Gerade in das städtische Kloster.“

„Komm, komm, laß uns folgen.“

„Aber um Christi und der heiligen Jungfrau willen — erst ein Stück Brot!“

„Schon gut, du sollst es haben. Bleib hier am Wagen stehen oder besser, leg dich hinein, so wird dich niemand sehen, alle schlafen, ich komme gleich zurück.“

Und er eilte zu dem Wagen, in dem die Vorräte seiner Truppe aufbewahrt wurden. Sein Herz klopfte zum Zerplatzen. Die ganze Vergangenheit, alles, was durch das ständige Lagerleben, durch das rauhe Soldatenleben betäubt war — erwachte auf einmal wieder und ließ ihn die Gegenwart völlig vergessen. Wieder tauchte die stolze Frau wie aus dunklen Meeresfluten vor ihm empor, wieder leuchteten ihre herrlichen Arme in seinem Innern auf, ihre Augen, ihre leuchtenden Lippen, die dichten, dunkelbraunen Haare, die in krausen Locken über ihren Büsen fielen — die festen, schönegeformten Glieder ihrer jungfräulichen Gestalt. Nein, dieses Bild war nie aus seinem Herzen geschwunden, es hatte nur für einige Zeit an dem mächtigen Gefühlslitz nach machen müssen, aber häufig genug hatte es den tiefen Schlaf des jungen Kosaken beunruhigt und oft lag der Erwachte schlaflos auf seinem Lager, ohne sich den Grund hierfür erklären zu können. . . .

Er ging, sein Herz klopfte bei dem Gedanken, sie wieder zu sehen, immer stärker und stärker und seine jungen Knie wankten unter ihm. Als er die Wagen endlich erreicht hatte, wußte er nicht mehr, weshalb er gekommen war; er fuhr sich mit der Hand über die Stirn und versuchte es, sich an das zu erinnern, was er eigentlich beabsichtigt hatte. Endlich zuckte er zusammen, ein wilder Schrecken erfüllte ihn; plötzlich kam es ihm in den Sinn, daß sie vor Hunger stirbt.

(Fortsetzung folgt.)

Zu Begünstigten... (Text fragment)

Staatshaus... (Text fragment)

Namens... (Text fragment)

Abg. Ober... (Text fragment)

Im Auf... (Text fragment)

Abg. Bitter... (Text fragment)

Abg. Meier... (Text fragment)

Abg. Dr. S... (Text fragment)

Wir nicht... (Text fragment)

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 54. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 5. Juni.

Zu Beginn der um 4.20 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffneten Sitzung wurde der Eingang eines Schreibens des Staatsratsamts des 14. N. N. in der Angelegenheit der Verhandlungen in den Neuzug-Lazaretten Trüben, Hornberg und Heberlingen verlesen. Darnach sind Selbstmordveruche und Selbstmorde unter den vielen tausenden dort behandelten Kranken vier Fälle, zwei in Hornberg und zwei in Trüben vorgekommen. Eine Schuld an diesen Fällen trifft die Ärzte nicht; sie seien bedauerlich, ließen sich aber kaum vermeiden.

Staatsminister v. Rodman: In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses der 2. Kammer ist Klage geführt worden, daß den Landwirten zu wenig Arbeitskräfte für die Heuente zur Verfügung stehen, und daß diese dadurch gefährdet ist. Ich habe mich sofort an das stellv. Generalkommando gewandt und dieses hat in der Angelegenheit an das Kriegsministerium telegraphiert und die fehlenden 2600 Mann angefordert. Wir haben den höchsten Gesandten in Berlin sofort verständigt, damit er die Schritte beim Kriegsministerium unterstützt. Damit ist wohl alles geschehen was geschehen konnte.

Präsident Kopf: Wir dürfen dem Herrn Staatsminister für seine Schritte dankbar sein und sie begrüßen.

Schaffung einer weiteren Beamtenstelle beim Bundesrat in Berlin.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) über die im Nachtrag zum Staatsvoranschlag angeforderte neue Stelle eines weiteren Beamten als stellv. Bevollmächtigter in Berlin, der die Interessen Badens während der weiteren Dauer des Krieges und der Uebergangswirtschaft wahrnehmen soll. Angefordert werden hierfür 12300 M. Der Berichterstatter stellt den Antrag, dieser Position zuzustimmen.

Abg. Rebmann (Natf.) führte aus, daß die Frankfurter Tagung der süddeutschen Handelskammern energisch Stellung genommen habe gegen die Zentralfiskalisation in Berlin. Wir können uns den in Handel und Industrie geäußerten Wünschen, die dahin gehen, daß dieser Zentralisation ein Ende gemacht wird, nur anschließen. Wir stimmen deshalb dieser Anforderung zu.

Abg. Wittger (Soz.): In Berlin befinden sich 234 Kriegsgesellschaften, nur 16 Kriegsgesellschaften gibt es außerhalb Berlins. In Hessen und Baden hat keine Kriegsgesellschaft ihren Sitz. Der Umfang der Kriegsgesellschaft geht in die Milliarden, die den Berliner und norddeutschen Banken zugute kommen, während Süddeutschland leer ausgeht. Ein solcher Zustand kann auf die Dauer nicht weiter bestehen. Die süddeutsche Handelswelt fordert bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte.

Abg. Seubert (Zentr.) weist darauf hin, diese Zustände seien darauf zurückzuführen, daß Baden 1870 zu große Opfer gebracht hat.

Abg. Odenwath (F. V.) begrüßt die Anforderung und wünscht, daß dieser neue Vertreter in Berlin sich mit Handel und Industrie in Verbindung setzt, damit die fortgesetzten Reisen nach Berlin in Wegfall kommen.

Abg. Ransbach (R. Vgg.) stimmt der Anforderung ebenfalls zu.

Staatsminister v. Rodman weist darauf hin, daß verschiedene Herren in Berlin schon für Baden wirken. Unrichtig sei die Anschauung, daß wir in Baden unverschämlich ungenügend in der Erteilung von Heereslieferungen gesteuert seien. Trotzdem sei es wünschenswert, daß in dieser Beziehung noch mehr geschehe. Auch sei es erwünscht, wenn der neue Beamte mit den hiesigen Reichstagsabgeordneten in nähere Fühlung trete. Die Schaffung der neuen Stelle sei schon längst ins Auge gefaßt und nicht erst durch die Frankfurter Tagung der Handelskammer veranlaßt worden.

Die Position wurde hierauf einstimmig angenommen.

Anträge zur Verfassungsänderung.

Im Auftrage des Verfassungsausschusses berichtete danach **Abg. Bittmann (Zentr.)** über die von verschiedenen Parteien gestellten Anträge über die Einführung der Verhältniswahl zur Zweiten Kammer, Änderung der Zusammensetzung der Ersten Kammer, Frauenstimmrecht und über die damit in Verbindung stehenden Revisionen der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, des Ortsausschusses Karlsruhe des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins, des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens über ihre Vertretung in der Ersten Kammer. Der Berichterstatter teilt mit, daß hinsichtlich der Anträge auf Änderung der Ersten Kammer eine Einigung nur insoweit erzielt worden sei, als anerkannt wurde, daß die Arbeiter eine Vertretung erhalten sollten und die zwei geistlichen Vertreter ein Stellvertretungsrecht. Die Anträge auf Einführung der Verhältniswahl zur Zweiten Kammer seien im Ausschuss mit 9 gegen 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Antrag betreffend das Frauenstimmrecht wurde im Ausschuss mit 9 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Abg. Rebmann (Natf.) begründet die Anträge seiner Fraktion, die eine Reform der Ersten Kammer, eine Erweiterung des Landständischen Ausschusses und Reformen der Kirche umfassen. Wir wünschen eine Vertretung des Säckereigewerbes in der Ersten Kammer. Auch den Arbeitern sollte eine Vertretung werden. Durch Berücksichtigung der Anträge würde eine starke Vertretung der Ersten Kammer erfolgen. Deshalb beantragen wir eine Kürzung der Mitglieder. Eine Beseitigung des Wels wünschen wir nicht. Dagegen sind auch wir gleich der Regierung für eine Verminderung des Wels in der Ersten Kammer. Zur Einführung der Verhältniswahl in der Zweiten Kammer ist hier schon oft gesprochen worden. Wir müssen den Mut haben, einen Schritt zu tun, den vor uns noch keiner getan hat. Nun haben Zentrum und Regierung die Einführung der Verhältniswahl in den großen Städten vorge schlagen und die Regierung hat sich bereit erklärt, sofort einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Wir lehnen diesen Vorschlag ab, weil wir darin das schwerste Hindernis für die Einführung der Verhältniswahl im ganzen Lande sehen. Was das Frauenstimmrecht anlangt, so haben sich die Verhältnisse während des Krieges geändert und die Frage mehr in den Blick gebracht. Die geschichtliche Stellung der Frau und ihre Erziehung jedoch machen es uns nicht möglich, dem Wunsche nach Gewährung des politischen Wahlrechts an die Frauen zu entsprechen. Dagegen treten wir für das Frauenwahlrecht innerhalb der Gemeinden ein, wie ein von uns eingetragener Antrag besagt.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Für die heute zu behandelnden Fragen ist nicht das Interesse vorhanden, wie das früher der Fall war, denn diese Fragen sind nicht von jener Bedeutung wie die früheren ähnlicher Art. Auf die Erste Kammer können und wollen wir nicht verzichten. Die Erste Kammer soll die moralischen Kräfte

von Wissenschaft und Religion und diejenigen des praktischen Lebens in der Staatspolitik zur Geltung bringen und deshalb liegt sie im wohlverstandenen Staatsinteresse. Politische und praktische Bedenken lassen uns aber gegen eine Vermehrung der Sitze in der Ersten Kammer sprechen. Dagegen stehen wir allerdings auf dem Standpunkte, dem Arbeiterstande eine Vertretung in der Ersten Kammer einzuräumen, ebenso den mittleren und kleineren Kommunen.

Dagegen sind wir der Ansicht, daß eine Vermehrung der „Aristokratie“ in der Ersten Kammer nicht Platz greifen soll. Die Stellvertretung für den Erzbischof und den evangelischen Prälaten ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Verhältniswahl für das Land findet in unseren Meinen große Bedenken. Was das Frauenwahlrecht anlangt, so fragen wir uns, haben die Frauen ein solch lebhaftes Interesse, in den Besitz des Wahlrechts zu kommen. Diese Frage ist noch nicht besetzt worden. Wir halten es nicht für ein Glück, die Frauen in den politischen Wahlkampf hineinzuziehen und lehnen deshalb den Antrag ab.

Hier wird um 1/8 Uhr die Beratung abgebrochen und die Fortsetzung der Besprechung auf Donnerstag Vormittag 9 Uhr verlagt.

Aus den Landtagskommissionen.

In der Budgetkommission der Zweiten Kammer wurde der Nachtrag des Voranschlags des Staatsministeriums für 1918 genehmigt und weiter der Nachtrag für 1918 des Ministeriums des Innern bewilligt, wobei u. a. der Staatsminister Auskunft gab über den gegenwärtigen Stand der Schiffarmachung und die Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins zwischen Straßburg und Konstanz. Der in dem Nachtrage für Erwerbung des Anwesens Erbprinzenstraße 17 in Karlsruhe vom Finanzministerium angeforderte Betrag wurde genehmigt und die Mittelung von dem beabsichtigten Ankauf von zwei weiteren Häusern in Karlsruhe zur Kenntnis genommen. Ebenso wurde dem Vorhaben zugestimmt, die Untersuchungen auf weiteres Vorkommen von Mineralien auszu dehnen. Nächste Sitzung: noch unbestimmt.

Der Ausschuss der Ersten Kammer für Justiz und Verwaltung befahte sich in seiner Sitzung vom 3. Juni zunächst mit der endgültigen Feststellung der Verträge über den Beschluß der Zweiten Kammer, die Kreisverfassung und die Bezirksräte betr., die Petition des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wegen Berücksichtigung in öffentlich-rechtlichen Interessensvertretungen, sowie den Gesetzentwurf über staatliche Verbürgung von Hypotheken. Sodann kam er zurück auf den Gesetzentwurf betr. die Hagelversicherung, da Bedenken gegen die vorgesehene Rückwirkung der Beitragserhöhung auf 1. Januar 1918 erhoben worden waren. Diesen Bedenken glaubte er Rechnung tragen zu müssen durch Änderung des Termins für das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Januar 1919. Weiter behandelte er die Position des Verbandes der Ärzte und weiterer Verbände der freien Berufe um Freilassung gewisser Aufwendungen auf Lebensversicherungen und Leistungen aus solchen bei der Neugestaltung der Steuergehebung. Diefelbe soll teils durch Uebertrag zur Steuerordnung, teils durch Ueberweisung zur Kenntnisnahme erledigt werden. Bezüglich der Entscheidung der Zweiten Kammer zu dem Antrag der Abg. Wiser u. Gem., betr. die Staatsgüter, beschloß der Ausschuss, dem Plenum vorzuschlagen, es abzulehnen, diesem Antrag beizutreten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juni.

Am Bundesratsitz v. Payer, Wallraf, Friedberg, Vizepräsident Baasche eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 22 Min. Als Vorlage ist der Friedensvertrag mit Rumänien eingegangen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung zur Änderung des Gesetzes betr. die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages. Danach sollen diese statt bisher 3000 M. 5000 M. erhalten und entsprechend bei Verfall statt bisher 20 M. 30 M. in Abzug genommen werden. Vizepräsident Dowe empfiehlt Bewilligung einer Aufwandsentschädigung für den ersten Präsidenten. Jetzt, wo der Posten unbesetzt ist, ist der geeignete Augenblick dazu. Es kann vorkommen, daß für den Posten geeignete Persönlichkeiten aus wirtschaftlichen Gründen das Amt nicht übernehmen können.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir wünschen nicht, daß der rein ehrenamtliche Charakter des Vizepräsidentenpostens irgendwie beeinträchtigt wird. Auch zur Zeit der größten Spararmut und persönlichen Einschränkung glauben wir nicht, diesem Gedanken zustimmen zu können.

Staatssekretär Wallraf: Die verbündeten Regierungen haben zu dieser Anregung noch nicht Stellung nehmen können. Ich glaube aber doch hoffen zu dürfen, daß wir dem Grundgedanken beistimmen können. Ueber die Art und Form werden wir uns wohl bis zur dritten Lesung verständigen können. (Beifall.)

Die Vorlage wird in sofortiger zweiter und dritter Lesung angenommen. Darauf wird die Beratung über den

Belagerungszustand und die Zensur

fortgesetzt.

Abg. Gothein (F. Vp.): Es ist möglich, jetzt, wo große Kämpfe sich abspielen, über diese Dinge zu reden. Es ist aber eher schlimmer als besser geworden. Die Zensur darf sich nur auf rein militärische Dinge erstrecken. In der U-Bootfrage ist die Zensur weit über das Ziel hinausgeschossen. Der verschärfte Belagerungszustand in den nicht mehr bedrohten Festungen soll e baldigt aufgehoben werden. Die damit verbundenen höheren Strafen bei Vergehen sind nachgerade unerträglich. Die Zensur scheint lediglich dazu da zu sein, alle Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Reichsregierung zuzulassen und andererseits die trügliche Uebwehr zu unterstützen. Man müßte da mit zweierlei Maß. Dann ist es schon besser, wenn die Zensur überhaupt beseitigt wird. Redner bringt eine große Reihe von Beispielen vor, in denen die fortschrittliche Presse, namentlich auch die Herausgabe von Flugzetteln und Broschüren, eingeschränkt worden sei, während die Schriften der Vaterlandspartei ungehindert verbreitet werden konnten. Die Schaffung einer Beschwerdestelle war ein Schlag ins Wasser. Solche verfehlten Anordnungen und Mißgriffe werden nur einen Mißton zwischen Reichstag und Kriegsministerium bringen. Der Oberbefehlshaber hätte hier eingegriffen sollen. Auf die bisherige Weise kann nicht gearbeitet werden. Es müßte unter Mitwirkung aller Reichsämtler eine Beschwerdestelle geschaffen werden.

General v. Wrisberg: Daß von den militärischen Stellen der Versammlungsfreiheit entgegen gearbeitet wird, trifft nicht zu. Es haben im letzten Jahre 8011 Versammlungen stattgefunden. Ver-

boten wurden 99. Davon entfallen auf die Vaterlandspartei 849 bezw. 14, auf die Gewerkschaften 2741 bezw. 19 (höri, höri rechts.) Ein Verbot, den „Vorwärts“ auszulegen, ist nicht erfolgt. Es kann ein fehlerhafter Befehl einer Unterstelle vorliegen. Auch von einem Verbot des „Vorwärts“ für Rumänien ist keine Rede. Versammlungsbefehle werden nur unterjagt, wenn es sich um notdürftige Heber handelt. (Zuruf links: Wer stellt das fest? Odenburg-Jamischau?) Gewerkschaftsversammlungen sind im allgemeinen nicht ohne genügenden Grund beschränkt worden. Versammlungsbefehle sind nur erfolgt, sobald derartige Versammlungen generell unterjagt werden mußten. Bei Ausständen muß mit aller Entschiedenheit eingegriffen werden, andererseits ist die Regierung bereit, in normalen Zeiten alles zu tun, um die Versammlungstätigkeit zu fördern.

Aberleutnant von dem Berg: Fehr v. Redenberg hat gewünscht, daß Nachrichten, die in der Presse der Verbündeten erschienen seien, nicht verboten würden. Das Verbot ist vorübergehend und wird nicht wiederholt werden. Bei dem Wunsche, daß Blätter in den besetzten Gebieten nicht besser behandelt werden, als die heimische Presse, kann es sich nur um die lettischen Fortberungen handeln, die durch ein Versehen des Genjors in Wilna veröffentlicht worden sind. Hier müßte die Veröffentlichung verboten werden, da militärische Interessen auf dem Spiele standen. Die Beschlüsse des Abg. Gothein sind nur zum Teil zutreffend. Soweit sie nicht geklärt sind, wird ihnen nachgegangen werden.

Abg. Gräfe (Kons.): Das Interesse für die Zensurfrage ist in diesem Augenblick, wo im Westen das Gewaltigste sich vollzieht, nicht gerade groß. Die draußen haben kein Verständnis für solche Debatten. Es ist manches besser geworden. Wir werden nicht erlahmen, an weiteren Verbesserungen und Erleichterungen mitzuarbeiten. Auch wir haben genug bittere Erfahrungen gemacht und genug Wünsche auf dem Herzen. Sobald irgend möglich sollte Versammlungs- und Pressefreiheit Platz greifen. Das Zensurverbot sollte eng begrenzt werden. Abg. Gothein hat sich in einem Atem über die Pressebeschränkung beschwert und die ihm gegenüberige Presse angezwängt. Wir können uns unserer Gegner schon allein erwehren. Die Regierung wird nur gut tun, wenn sie jedem Freiheit läßt, wie er politisch selig werden will. Doch Zensur und Belagerungszustand als Hebel empfunden werden, ist unzulänglich. Deshalb muß man es nach Möglichkeit einschränken.

Vizepräsident Baasche schlägt Vertagung vor, da der nächste Redner in Aussicht gestellt habe, zwei Stunden zu sprechen. Um 6 Uhr sei aber eine politische Besprechung beider Vizepräsidenten beim Reichskanzler.

Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, erfolgt Auszählung durch Sammelsprung. Dabei ergibt sich, daß das Haus beschlußunfähig ist.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Wahl des Präsidenten und Fortsetzung. Schluß nach 1/8 Uhr.

Warenhäuser und Umsatzsteuer.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages, dem der Umsatzsteuerentwurf überwiesen worden ist, nahm gestern mit den Stimmen des Zentrums, der Konserverfabriken und der Deutschen Fraktion einen fortschrittlichen Antrag zum Schutz der Warenhäuser gegen Ueberbesteuerung an. Danach dürfen Steuern von Warenverkauf, die beim Inkrafttreten des Gesetzes in Bundesstaaten und Gemeinden bestehen, vom 1. April 1919 ab nicht weiter erhoben, und weitere Steuern von Warenverkauf durch Bundesstaaten oder Gemeinden nicht eingeführt werden. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Gemeinden aus dem ihnen überwiesenen Vergütungsanteil nach Anwendung der Landesregierung Mittel zur Erleichterung der Lebensmittelaufschaffung für Minderbemittelte zur Verfügung zu stellen haben.

Die Parteiführer beim Reichskanzler. Beim Reichskanzler Grafen Hertling fand gestern Nachmittag eine Besprechung der Parteiführer der Reichstagsfraktionen und zwar, wie die „Kreuzztg.“ schreibt, über den Frieden von Bukarest statt.

Zur Präsidentenwahl. Daß der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach zum Präsidenten des Reichstages gewählt wird, gilt als sicher. Ebenso dürfte der Plan durchgehen, drei nebeneinander gleichgestellte Vizepräsidenten zu wählen. — Zu dem Vorschlag in der „Germania“, einen Vizepräsidentenposten den Konserverfabriken anzubieten, sagt die „Kreuzztg.“: Wenn der neue, von dem Zentrumsorgan verbreitete Vorschlag das Produkt der Beratungen der Zentrumsfraktion ist, so wird diese an die konserverfabriken herantreten müssen, die sich dann ihrerseits über ihre Stellung zu diesem neuen Modus schlüssig machen kann.

Baden.

Die Beamten und die Vereinfachung der Staatsverwaltung. Der Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens hat zu der Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung eine Eingabe an das Staatsministerium und an die beiden Kammern des Landtages gemacht. Es wird darin gefordert: Es möge eine Schätzung der einmal angenommenen Beamten in ihrem Fortkommen infolge der zur Vereinfachung der Staatsverwaltung betätigten Maßnahmen unterbleiben; Schritte zum Uebertritt vornehmlich mittlerer Beamten und der Lehrer in andere Dienste und Berufe im Sinne der Eingabe vom 30. August 1917 alsbald in die Wege geleitet und nachdrücklich gefordert werden.

Opposition bei Karlsruhe, 5. Juni. Gestern mittag ist die Scheune des Wilhelm Marggrander von hier niedergebrannt. Das Feuer wurde von einem 10jährigen Knaben, der mit Streichhölzern spielte, verursacht.

Stimmen, 4. Juni. Ein Schwindler. Wie an anderen Orten, so scheint nun auch hier ein Schwindler sein Glück zu versuchen. Vor einigen Tagen kam in die Wohnung eines Parteigenossen, der im Felde steht, ein junger Mann mit militärischen Auszeichnungen und erzählte den Anwesenden, er sei der Interoffizier des Vaters und er solle für ihn Verschiedenes mitbringen. Man ging weg, die abwesende Mutter zu rufen und diese Zeit benutzte der angebliche Interoffizier, um aus der Tischschublade einen größeren Geldbetrag zu stehlen. Als die Frau zurückkam, erzählte er ihr d'ieses Geschehene, sie blieb aber dadurch vor weiterem Schaden bewahrt, daß sie erklärte, nächste Woche ihrem Ranne doch ein Paket zuzulassen zu lassen. Erst als sich dann der angebliche Soldat entfernt hatte, entdeckte sie den Diebstahl. Der Schwindler ist offenbar der gleiche, der in Luz bei Durlach aus einer Wohnung auf die gleiche Weise ebenfalls eine größere Summe stahl.

Seite 2.
h auch Japan
übliche Re-
zu bitten.
Neuter. Der
Jahre 1908
sche erneuert
n.
Oberregie
Spitze ger
Wahlrechts-
senparlament
erlei Bestim-
nommen hat,
dem auch im
Wähler eine
der eine eine
oll, ist die
Logik und
recht gewählt
Abgeordne-
haft, daß der
heit hat das
ssen, was es
er Minister-
nach der Ab-
ein Ehrens-
en zu durch-
ein zwischen-
s daran, daß
chrecht nicht
n nur durch
Wolk zu sei-
aterland
Baterlands-
Baller
auf Kreistage
ihre Gesin-
des und die
ihre Sünde
halt hat sich
der Polen.
Kulturkampf
Nacht nichts,
und Macht-
chts und
uns auch in
Macht darf
ann nur in
Der mo-
Staatsrecht
darf die
sein. Auch
sen himaus.
se das Be-
mehr mit
und Eifen,
Polen und
Staatsgebäude
n lebhaften
rfage. Der
des beschloß,
gesetzlich am
erte Lesung
für die etwa
genommen.
chreitet das
wissen —
agen stehen
sehen, alle
räte seiner
Bertrins
ständige
war —
wart völlig
s dunklen
herrlichen
enden Gip-
sen Boden
den Glieder
r nie aus
e Zeit an-
ber häufig
ben beun-
Wager,
wieder zu
nie mont-
tte, wußte
ch mit der
erinnern,
zusammen,
m in den

Bruchsal, 3. Juni. Statistisches der Allg. Ortskrankenkasse. Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Juni 1918 insgesamt 6662 gegenüber 6679 im Vormonat und zwar 2235 männliche und 4427 weibliche Mitglieder. Arbeitsunfähig Kranke und Wächnerinnen wurden gezählt 174 gegenüber 169 am 1. Mai 1918. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. Juni 1918 in Bruchsal beschäftigt 3629 mit 450 Dienstboten gegenüber 3590 einschließlich 452 Dienstboten im Vormonat; in den zum Kassenbezirk gehörigen 18 Landgemeinden 3023 gegenüber 3089 im Vormonat.

Mannheim, 4. Juni. In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der hiesigen Handwerkskammer sich mit dem Wahlrecht zu den Handwerkskammern befaßt. Wenn er sich auch nicht für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts entscheiden konnte, so wurde doch von der Mehrheit der Mitglieder anerkannt, daß das derzeitige Wahlrechtsverfahren einer Reform dringend bedürftig ist. Dem Vorschlag der Geschäftsstelle, die Zahl der Vorstandsmitglieder von 6 auf 7 zu erhöhen, wurde zugestimmt.

Mannheim, 5. Juni. An der Drehbrücke beim Mannheimer Lagerhaus kam gestern vormittag beim Anstoßen seines Schiffes der Schiffer Franz Spröbule aus Hahmersheim ins Wasser und ertrank. Die Leiche wurde am Abend gelandet. Gestern abend sprang der Schreinerlehrling Jakob Weindel in Ludwigshafen auf den in voller Fahrt befindlichen Lokalzug. Er kam hierbei zu Fall, geriet unter die Räder und wurde an Armen und Beinen überfahren. Außerdem wurde ihm der Fuß aufgerissen, jedoch der Tod alsbald eintrat.

Aus der Partei.

Graben, 4. Juni. Heute wurde uns die traurige Nachricht daß unser guter Freund und Parteigenosse Albert Schloffer, Mitglied des Bürgerausschusses, auf dem Schlachtfeld bei der letzten Offensive den Tod fürs Vaterland erlitten hat. Neben seiner Gattin und seinen fünf unermwachsen Kindern betrauern auch wir den Dahingegangenen, der ein treues Mitglied der Partei und des Bürgerausschusses war. Er war ein allezeit tätiges und pflichterfülltes Mitglied unserer Partei, der immer willig und gerne seine Arbeitskraft in den Dienst unserer Sache stellte. Seine Frau und Kinder belangen schon längere Zeit hier das Ausbringen des „Volksfreund“. Mit einer kleinen Unterbrechung hatte Genosse Schloffer den Krieg vom 1. Tage an mitgemacht. Die Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Gerichtszeitung.

Große Brotkardendiebstähle. Im Landkreise Hochstuhl, dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge, große Brotkardendiebstähle und Fälschungen vorgekommen, wodurch der Kreis um 34 000 Mt. Mehl geschädigt wurde.

Wegen umfangreichen verbotenen Erwerbs von Lebensmitteln auf dem Lande und Höchstpreisübertretung wurde der Schlosser Karl Wilhelm Schaber von Pforzheim vom dortigen Schöffengericht zu 500 Mt. Geldstrafe und wegen des gleichen Vergehens der Ingenieur Otto Meerkamm von Esfen zu 300 Mt. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Stadt.

*** Karlsruhe, 6. Juni.**

Warum die Schuhpreise so hoch sind.

Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben: Bei der Beurteilung der Preise (in der Schuhindustrie) ist zu beachten, daß die stillgelegten Schuhfabriken, etwa 1100—1200, am Gewinn der weiterarbeitenden 250 bis 300 Betriebe beteiligt sind, daß diese letzteren also regelmäßig verdienen müssen, um die etwa fünffache Zahl stillgelegter Betriebe zu entschädigen. Die Nichttätigkeit der Gutachterkommission für Schuhwaren Höchstpreise erfahren eine Kritik durch ein Urteil, das einen Schuhhändler, der auf Schuhwaren 36 Prozent aufgeschlagen hatte und in erster Instanz wegen Wuchers verurteilt worden war, in zweiter Instanz freisprach, weil er sich ganz den Nichttätigen der Kommission angepaßt hatte. Diese Nichttätigen werden nun ganz beträchtlich von der Anschauung der Gerichte über angemessenen Gewinn ab. Es sind Fälle darin vorgelegen, wo der Schuhhändler bis 55 Prozent aufschlagen darf und der Kleinhändler bis 40 Prozent Bruttogewinn nehmen kann.

Eine eingehende Nachprüfung dieser Verhältnisse erscheint notwendig. Das sind in der Tat ganz unerhörte Aufschläge. Würde also ein Paar Schuhe von der Fabrik aus 25 Mark kosten, so kann der Großhändler dafür 31 Mt. berechnen und der Kleinhändler dürfte dann nochmals 12 Mt. draufschlagen, also für 43 Mt. verkaufen! Kein Wunder, daß ein gering bemittelter Mensch keine Schuhe kaufen kann, selbst wenn er dafür einen Bezugsschein hätte. Die Handelsaufschläge machen da mehr als der Preis des Produktes aus! Auch bezüglich anderer Artikel werden im Handel zu hohe Aufschläge genommen.

Beleidigungsbekundungen. Der Großherzog hat dem Oberbürgermeister persönlich seine wärmste Teilnahme an den Bemühungen ausgesprochen, welche die Stadt Karlsruhe und einzelne ihrer Bewohner durch den Fliegerangriff vom 31. Mai erfahren haben. Auch die Großherzogin und die Großherzogin Luise sowie die Königin von Schweden haben dem Oberbürgermeister ihre herzlichste Teilnahme bekanntgeben lassen.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Lokal „Gambirushalle“, Ludwigplatz.

Verkehr mit Kriegsgefangenen. Der kommandierende General des stellw. 14. Armeekorps hat betr. das Verhalten gegen Kriegs- und feindliche Zivilgefangene eine Verordnung erlassen. Danach ist verboten: 1. jeder persönliche oder schriftliche Verkehr mit Kriegs- oder feindlichen Zivilgefangenen, sowie die entgeltliche Überlassung von Sachen irgend welcher Art (z. B. Geld, Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände, Zeitungen, Schriften, Bücher usw.) an solche; 2. das Betreten der Gefangenenlager, Unterkunftsräume oder Arbeitsstätten der Kriegs- und Zivilgefangenen.

Diözesanynode. Gestern Nachmittag wurde in der kleinen Kirche dahier die diesjährige Diözesanynode Karlsruhe-Stadt abgehalten. Den Diözesanynodenbericht erstattete Herr Oberlehrer Schumacher, den Vorschlag für das neue Rechnungsjahr legte Herr Oberrechnungsrat Rinfler vor, es wurde eine geringe Erhöhung des Diözesanynodenbeitrags beschlossen. Daraufhin

hielt Herr Stadtrath Schulz von Bruchsal einen eingehenden Vortrag über die Stellung der Kirche zur Kriegserheimstättenbewegung. In erdoffener Weise wurde dieses zeitgemäße Thema behandelt. Die Synode faßte einstimmig folgende Entschlüsse: „Die Diözesanynode Karlsruhe-Stadt erblickt in der Errichtung von unverlierbaren, der Bodenwunder, Perikula- und Mißbrauch geistlich zu sichernden Kriegserheimstätten eine selbstverständliche Pflicht gegen die heimkehrenden Kämpfer und für unser Volkleben eine Quelle äußerer und innerer Befriedigung von wirtschaftlich-sozialer und sittlich-religiöser Art. Die Synode befürwortet den Anschluß an den Hauptauschuß für Kriegserheimstätten und die tatkräftigste Mitarbeit der Kirche zur Verwirklichung einer der größten und dringlichsten Zeitaufgaben.“ feindlichen Zivilgefangenen; 3. jede Begünstigung oder Vermittlung der unter 1. und 2. erwähnten Handlungen.

Gr. Hoftheater. Die Direktion hat die Sa. Gruber in Hamburg mit der dekorativen Neuausstattung von Webers „Freischütz“ beauftragt. Dabei wurden die Erfahrungen, welche man bei den Neueinrichtungen dieses Werkes an den Opernhäusern zu Berlin, Hamburg und anderwärts gemacht hat, vermerkt. Da die Herstellung der neuen Dekoration vor den Ferien nicht mehr möglich war, wird der „Freischütz“ erst im Spätherbst in neuer Ausstattung zur Aufführung gelangen können.

Lützowabend. Reinhold Lützow, ab Herbst d. J. am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, veranstaltet vor seinem Scheiden von Karlsruhe am 14. ds. Mt. noch einen Vortragabend im Gemeindehaus hier, Blücherstraße. Ein Teil des Programms ist Emil Götts gewidmet. Den Vortragabend ergänzen Werke von Orff, Goethe, Schiller, Schumann und Geibel. Kartenbestellung zu 3.50 Mt., 2.50 Mt. und 1.50 Mt. ab heute in der Musikalienhandlung Frey Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, Telefon Nr. 388.

Fußballwettkämpfe. Die Spiele am vergangenen Sonntag hatten folgende Ergebnisse: B. f. B. und F.-C. Mühlburg spielen unentschieden 0 zu 0, die zweite Mannschaft von B. f. B. gewinnt gegen Mühlburg II mit 3 zu 2 Toren. Phönix I scheidet gegen Durlach I mit 7 zu 0 Toren, auch die zweite Mannschaft von Phönix gewinnt gegen Germania-Durlach II mit 9 zu 2 Toren. Konordia gewinnt gegen Müppurr mit 5 zu 0 Toren und Südhorn in Gaggenau gegen B. f. B. mit 2 zu 0 Toren. In Pforzheim schlägt F.-C. Gröbigen den F.-C. Oststadt mit 3 zu 1 Tor.

Briefkasten der Redaktion.

H. W. Ist der Zustand voraussichtlich vorübergehend, ist also mit Wahrheitsliebe zu erwarten, so wird die Krankenkasse gewährt und zwar vom Beginn der 27. Woche ab. In der Zukunft voraussichtlich dauernd, so wird die Invalidenrente für dauernde Erwerbsunfähigkeit gewährt und zwar vom Beginn der Invalidität ab.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 1,50 Meter, gef. 5 Zentimeter; Reß 2,50 Meter, gef. 2 Zentimeter; Maxau 3,91 Meter, gef. 5 Zentimeter; Mannheim 2,95 Meter, gef. 7 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rohde; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe. Außenstraße 24

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Onkel
Karl Seitz
infolge schwerer Verwundung, im blühenden Alter von 21 Jahren, dem Völkermorden zum Opfer gefallen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Andreas Seitz.
Karlsruhe-Mühlburg, den 5. Juni 1918.

Weißer Käse.
In den Bettverkaufsstellen Nr. 141 bis 158 einschließlich kommt an die eingetragene Kundenschaft von Donnerstag den 6. bis Samstag, den 8. Juni 1918 einschließlich weißer Käse zum Verkauf und zwar gegen die Lebensmittelkarte J Nr. 27. Die Kopfmenge beträgt 1/2 Pfund. Preis 75 Pfennig für das Pfund.
Karlsruhe, den 5. Juni 1918.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde
für das
Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren
findet statt: 3714
am Donnerstag, den 6. Juni, abends 5—6 Uhr,
im neuen St. Augustinuskrankenhaus, Södenstraße 60.
Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

Gesucht zum sofortigen Eintritt Köchinnen und Küchenmädchen
für die Etappen.
Städt. Arbeitsamt 3715
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100, 2. St.

Einkochapparate
Einkochkessel, alle Größen, Gesele, Gläser, Erhänger, Steinöfen in allen Größen, Thermometer für Einkochapparate, mit u. ohne Hülse, empfiehlt zu mäßigen Preisen
Ernst Marx, 3719
Luisenstraße 58. Fernruf 3086.

Schneider-Gesuch.
Großhändler für sofort gesucht, event. auch auf Vertikalt.
P. Bang
Hoffmeister
Amalienstraße 39.

Eine Frau od. Mädchen
für einen halben oder ganzen Tag gesucht. Zu erfragen
Wilhelmstraße 49, 1. Treppe.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.
Donnerstag, den 6. Juni, abends 7/9 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13
Vertreter-Verammlung.
Tagesordnung:
1. Mitteilungen
2. Die Maßnahmen des Staates und der Gemeinde zur Beseitigung der Wohnungsnot.
3. Kassenbericht. 3649
4. Festlegung d. Kartellbeiträge.
5. Stellungnahme zur Arbeitsamtsverordnung ein Reichstag.
Um das Erscheinen aller Vertreter wird dringend gebeten.
Die Kartellkommission.

Drucksachen fertigt an
Schuldruckerei Volkshilfsverein.
Kinderrwagen, Prinzess. m. und Ridelgestell zu verkaufen.
Marientr. 78, Stb. III. r. 3717

Größere Anzahl saubere, fleißige, junge
Mädchen
für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht.
Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen. 3596
Gesellschaft Sinner, Grünwinkel.

Schreiner, Schlosser u. Tüncher
garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1068 an die Geschäftsstelle des Volksfreund. 2566

Speisewirtschaft
Sofienstr. 73, Eingang Lessingstr.
Donnerstag:
„Zarte frischgebackene Leber“
Deutsches Beesseat
la. junges Rostfleisch
ohne Marken.
Täglich vorzüglichen Sauerbraten — Soulasch.
Um gültigen Zuspruch bittet
H. Adler.
3718

Standesbuchenszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheausgebote. Johannes Jäger von Kaiserlautern, Metzschleifer in Mannheim, mit Anna Fürst von Deidesheim, Georg Nied von Gommersheim, Fuhrmann hier, mit Pauline Windblat von Weingarten.
Eheschließungen. Hermann Egelmeier von hier, Kaufmann hier, mit Katharina Juch von Schönsee. Hermann Walz von Ettlingen, Wäcker in Ettlingen, mit Wilhelmina Wagner von Neckargemünd. Friedrich Reis von hier, Droger hier, mit Anna Wolf von hier.
Geburten. Johannes Emil, B. Emil Werfle, Witzwachtmeister. Karl Wilhelm, B. Karl Haas, Schmied. Walter Karl, B. Friedrich Peltant, Betriebsassistent. Eva, B. Karl Reinhardt, Korbmacher.
Todesfälle. Marie Ved, 86 J. alt, Ehefrau von Franz Ved, Korbmacher. Franz Ved, Korbmacher, Ehemann, 51 J. alt. Mathilde Engler, 78 J. alt, ledig, ohne Beruf. Otto Schönmann, Werkmeister, Ehemann, 49 J. alt. Georg Hübenner, Werkmeister a. D., Ehemann, 73 J. alt. Karl Stoder, Bremser a. D., Ehemann, 67 J. alt. Friederike Wieser, 88 J. alt, Witwe von Aug. Wieser, Schlosser. Helena Knobloch, 23 J. alt, Ehefr. von Wilhelm Knobloch, Bleicher und Injunktallatur. Lucie Eberhardt, 73 J. alt, Witwe von Peter Eberhardt, Privatmann. Christian Ved, Werkmeister, Witwer, 57 J. alt. Ida Schimmer, 39 J. alt, ledig, Kontoristin. Gottlieb Anter, 57 J. alt, Witwe von Ant. Anter, Maurermeister.